

Herausstechend waren wohl die **Glyphosat**-Ergebnisse, wonach viele Biere in erheblichem Umfang Glyphosat-Rückstände aufweisen. Auffällig ist, dass sich das Problem primär bei Industriebieren ergibt wie z.B. Oettinger. Denn diese kaufen das erforderliche Getreide in großen Mengen und demnach von großen Herstellern und wegen des Preises wohl auch häufig aus Amerika. Demnach wäre an sich die logische Konsequenz aus den Testergebnissen, vermehrt auf heimische Handwerks-Braukunst aus Franken zurückzugreifen, deren Braumeister beim heimischen Landwirt ihr Getreide kaufen. Aber nein, sogar die oberfränkische Unterabteilung des Bayerischen Brauerverbandes versucht lieber die Testergebnisse zu relativieren.

Ungewöhnlich war heuer der **Nockherberg**. Während sonst die „derbleckten“ Politiker zumindest einen Höflichkeitsapplaus übrig hatten, hatten sie diesen der Mama Bavaria 2016 sogar verweigert. Schließlich war die Rednerin bei der Asyl-Politik nicht auf CSU-Linie. Wenn man sich die zeitgleichen Seehofer-Hofierungen bei Putin und Orban anschaut, muss man wohl schlussfolgern, dass Bayern bei der Meinungsfreiheit harten Zeiten entgegen geht. Und noch eine Besonderheit gab es: Der kurz angebundene Seehofer musste, um seine Kritik zum Ausdruck zu bringen, auf das fränkische „Passt scho“ zurückgreifen.

Eigentlich war aber die Mama Bavaria ja total harmlos. Denn Kritiker, die zu sehr „vom Leder“ ziehen wie z.B. vor ein paar Jahren Django Asül, dürfen dann genau 1x auftreten, weil ja die Nockherberg-Eigentümer (Paulaner) es sich nicht mit der Staatsregierung verscherzen wollen. Mal schauen, ob wir die harmlose Mama Bavaria 2017 wieder sehen.

Überraschenderweise gibt es bei der **Dialekt-Forschungs-Benachteiligung** von Franken nun ein fränkisch-schwäbisches Bündnis. Es ist schlimm, dass man für die Erforschung des Fränkischen nur „Kleckerlesbeträge“ übrig hat, während das Baierische in einer richtig großen Mammut-Studie erforscht wird. Überraschenderweise sind zum Glück sogar einige CSU-Politiker „aufgesprungen“ und nehmen sich der Benachteiligung an. Wenn man sich die Kritik-Riege anschaut, fällt auf, dass es nur altgediente CSUler am Ende ihrer Karriere sind. Und das ist leider bezeichnend: Für einen jungen CSU-Abgeordneten aus Franken wäre diese Kritik wohl extrem karriereschädlich gewesen.

Aber die Dialekt-Forschungs-Kritik sollte zur fränkischen Blaupause werden: Fränkische Politiker sollen sich mit Politikern aus ebenso benachteiligten Regionen (wie häufig z.B. der Oberpfalz) zusammen tun und so der berechtigten Kritik mehr Wirkung zukommen lassen.

Beim Wechsel an der Spitze der Regierung von Oberfranken wurde das **ländliche Oberfranken** - trotz 20-jähriger Bevölkerungsschrumpfung - natürlich wieder maximal gelobt. Alleine anhand der Breitbandförderung hatten wir bereits häufig aufgezeigt, wie lächerlich an sich die in Oberfranken praktizierte Breitbandförderung ist. Und es ist auch bezeichnend, dass das Landtags-Gremium, das sich um die Gleichheit der Lebensbedingungen kümmern soll, die maßgeblichen Daten unter Verschluss hält. Der Staatsregierung wäre im Übrigen mal ein Blick nach Frankreich anzuraten:

Dort ist es der Regierung endlich gelungen, die Probleme des ländlichen Raumes umzukehren. In Franken hat sich hingegen maximal der Niedergang verlangsamt. Die französische Regierung hat nämlich massiv in die Basisinfrastruktur investiert. Mit dem Nordbayernplan, mit dem z.B. u.a. ein Archiv von Würzburg nach Kitzingen verlagert wird und ein Gefängnis nach Franken, werden sich die Probleme Frankens sicherlich nicht lösen lassen.

Anhand des Beispiels von Neuhaus am Rennweg (Thür.) lässt sich gut nachvollziehen, welche **Niedergangs-Probleme** sich für eine ehemalige Kreisstadt ergeben, wenn sie zur Provinz degradiert wird. Und anhand dieses Beispiels lässt sich auch nachweisen, dass die Bürokratiekosten bei kleineren Einheiten häufig sogar niedriger sind als bei den von der Politik oft präferierten Großen. Gleiches dürfte im Übrigen auch auf Länderebene gelten.

Auch ist mal wieder ein total überflüssiges Buch auf den Markt gekommen mit dem Namen „**100 beste Biere Bayerns**“. Denn ein Buch, in dem bei dem Prädikat „die besten“ Münchner Industriebiere enthalten sind, aber aus dem Landkreis Lichtenfels mit seiner Vielzahl Klasse Biere kein einziges, hat eindeutig das Thema verfehlt.

Kronach hat bewiesen, dass es ab und zu doch was bringt, wenn sich Franken bei einer Benachteiligung wehren. Jedenfalls hat die **Post** Kronach beim Vorhaben ausgenommen, künftig die Briefkästen in Städten unter 20.000 Einwohner nicht mehr am Sonntag zu leeren.

Zu allem Überfluss gab es mal wieder die unnütze **Mercer-Studie**, die 230 Städte weltweit vergleicht. Da wird dann z.B. Port-au-Prince (Haiti) mit München verglichen. München schneidet da natürlich top ab - Mercer hat wohl eine Filiale dort. Nürnberg war bei den 230 außerwählten Städten meines Wissens nicht dabei.

Sportlich herausragend aus fränkischer Sicht war natürlich das **260. Frankenderby**. Das Frankenderby ist definitiv das traditionsreichste Derby, sozusagen die „Mutter der deutschen Derbys“, historisch weit bedeutender als Schalke gegen Dortmund, die ca. 100 Derbys weniger aufzuweisen haben. Begrüßenswert aus fränkischer Sicht ist, dass die Punkte in Nürnberg geblieben sind. Denn im Gegensatz zu Fürth hat ja Nürnberg noch Aufstiegsambitionen. Klasse wäre doch, wenn Nürnberg 2016 aufsteigt und Fürth dann 2017, dann gäbe es auch in der Bundesliga wieder die „Mutter aller Derbys“.

Eine an sich traurige Zahl ist auch die Zahl von 8,5 Millionen. Denn das Amt für **Ländliche Entwicklung Oberfranken** investiert in fränkische Dörfer pro Jahr nur ca. 8,5 Millionen in Oberfranken. Dabei sind die ländlichen Dorferneuerungsprogramme für den ländlichen Raum so etwas wie die Städtebauförderung für größere Ortschaften. In Oberfranken dürfte es aber über 1.000 Dörfer geben. Demnach ergibt sich so an „dörflicher Städtebauförderung“ für Oberfranken nur etwa 8.000 € pro Dorf. Auch wenn bei weitem natürlich nicht alle Dörfer gerade in einem Programm sind, ist diese Zahl erbärmlich. Hintergrund dürfte im Übrigen sein, dass sich die durchschnittliche arme oberfränkische Landgemeinde oft nicht einmal die hohe Eigenbeteiligung von 50 % leisten kann.